



Bundesministerium für Gesundheit, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Pia Zimmermann
11011 Berlin

Sabine Weiss

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-1070

FAX +49 (0)30 18441-1074

E-MAIL Sabine.Weiss@bmg.bund.de

Berlin, 21. Juni 2021

Schriftliche Frage im Monat Juni 2021
Arbeitsnummer 6/174

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 6/174:

Welche Idee, Planungen oder Aktivitäten verfolgt die Bundesregierung seit der Ankündigung des Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, Staatssekretär Andreas Westerfellhaus vom 17.05.2021, die „24-h-Betreuung“ zu „einem Megathema der Politik“ zu machen „mit dem Ziel, „weder funktionierende Pflegesettings zu zerstören, noch prekäre Arbeitsbedingungen und fragwürdige rechtliche Konstellationen zu tolerieren“ und vor allem für Rechtssicherheit zu sorgen (Andreas Westerfellhaus: „Forderungen für eine selbstbestimmte Pflege“, S. 9f.) und ist dabei auch geplant, die von der Bundesregierung 2013 bei der von Deutschland vorgenommenen Ratifizierung des Übereinkommens 189 über „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“ der International Labour Organization (ILO) die von der Bundesregierung eingefügte Klausel, mit der sogenannte Live-Ins/24-Stunden-Betreuungskräfte von den Schutzbestimmungen dieses Abkommens ausgenommen sind (Stefan Arend/Anna Stielner: „Die ‚polnischen Perlen‘ in deutschen Pflegehaushalten“; hier S. 90; in Uwe Bettig, etc. (Hg.): „Anwerbung internationaler Fachkräfte in der Pflege“; Heidelberg, medhochzwei, 2021), einer Prüfung zu unterziehen?

Antwort:

Der Bevollmächtigte der Bundesregierung für Pflege Andreas Westerfellhaus hat am 17. Mai 2021 in der Broschüre „Forderungen für eine selbstbestimmte Pflege“ seine Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Pflege „in der kommenden Zeit“ vorgelegt. Im Übrigen wird auf die Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 19/6392 - „Arbeitsbedingungen von im Haushalt lebenden Pflegekräften“ (Drucksache 19/6792 vom 2. Ja-

nuar 2019), Drucksache 19/26836 - „Agenturen für sogenannte 24-Stunden-Pflegekräfte“ (Drucksache 19/27415 vom 9. März 2021) sowie Drucksache 19/27991 - „Sogenannte 24-Stunden-Pflegekräfte“ (Drucksache 19/28920 vom 22. April 2021) verwiesen. Bedarf für Änderungen mit Blick auf das von Deutschland ratifizierte Übereinkommen Nr. 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte der internationalen Arbeitsorganisation sieht die Bundesregierung nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Weis